

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt. Söhne Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Die Volksernährung nach der neuen Ernte.

Der Ertrag der neuen Ernte ist zwar ziffernmäßig gegenwärtig noch nicht zu erfassen, wohl aber läßt sich ein Ueberblick gewinnen, wie sich unsere Volksernährung für das künftige Wirtschaftsjahr gestalten wird. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß der Ertrag der Ernte allein nicht bestimmend ist; es kommt nach aller bisherigen Erfahrung sehr viel auf die Organisation der Verteilung an. Die trüben Erfahrungen, die wir im vorausgegangenen Wirtschaftsjahr zu verzeichnen hatten, die harten Entbehnungen an Brot und Startoffeln, wären bei dem Ertrag der vorjährigen Ernte nicht notwendig gewesen, wenn nicht die Organisation der Verteilung verlagert hätte. Wäre das vorhandene Brotgetreide reitlos der menschlichen Ernährung zugeführt worden, wir wären nie in die Lage gekommen, die Brotration herabzuziehen; wir hätten unserer Bevölkerung auch unter der ungünstigen Kartoffelernte $1\frac{1}{2}$ Pfund pro Tag und Kopf als Verbrauch überweisen können, wenn es möglich gewesen wäre, die Kartoffeln vor der Verwendung in der Viehhaltung zu bewahren.

Nach vielem Drängen ist jetzt das Kriegsernährungsamt dazu übergegangen, sich der Erkenntnis nicht ganz zu verschließen, daß unsere Lebensmittelversorgung im Einklang stehen muß mit der Viehhaltung; das heißt, es dürfen nicht wichtige pflanzliche Nährmittel, die der menschlichen Ernährung dienen, in einem erheblichen Teil als Viehfutter Verwendung finden. Man müßte dazu übersehen, die Schweinehaltung erheblich herabzuziehen. Die erhöhte Mehlration, die wir in den vorausgegangenen Monaten erhielten, war nur dadurch möglich, daß auch in unsere Rindviehbestände stark eingegriffen wurde, aber der Viehstand ist noch ein reißbarer, er nähert sich sogar dem Friedensstand. Die Maßnahmen sind zum Teil im Widerspruch mit den landwirtschaftlichen Interessentenkreisen ergriffen worden, und der Versuch, diese Politik anzuhalten, wurde und wird von jener Seite fortgesetzt mit Eifer betrieben.

Das ganz unvermittelte Zurücktreten des Herrn von Watocki vom Kriegsernährungsamt muß den Eindruck hinterlassen, daß diejenigen Kreise, die in letzter Zeit besonders gegen seine Maßnahmen ankämpfen, einen Erfolg gehabt haben und damit eine Änderung der bisher eingeschlagenen Ernährungspolitik bevorzieht, die nicht gerade das Gefühl der Siderung, daß bessere Wege eingeschlagen werden, hervorruft. Bisher ist ganz unbekannt, welche grundsätzliche Stellung in der Ernährungspolitik Herr von Waldow, der neue Mann in diesem Amte, einnimmt.

In unserer Lebensmittelversorgung steht oben an die Brotversorgung. Nach der bisherigen Schätzung läßt

sich mit Bestimmtheit annehmen, daß wir in Deutschland über eine Mittelernte verfügen; wir dürfen auf einen ziemlich reichlichen Zuwachs aus Rumänien rechnen, und aus den besetzten Gebieten werden zum mindesten für die Meeresverwaltung erhebliche Bestände frei. Im Hinblick auf diesen Ernteertrag, obwohl wir die Bestände sehr zeitig angegriffen haben, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die gegenwärtige Brotration aufrechterhalten werden kann. Und gelingt es reitlos, die Bestände vor der Verfütterung zu schützen, so muß es möglich sein, zu diesen Brotationen noch Aufschläge zu geben, besonders für Zeiten, wo ein Mangel an anderen Nährmitteln vorhanden ist. Dieser Mangel an Nährmitteln wird sich besonders unangenehm fühlbar machen bei den Nährmittelergänzungen aus Gaser und Gerste; denn hier haben wir es leider mit einer verhältnismäßig ungünstigen Ernte zu tun, die wir nicht reitlos vor der Verfütterung schützen können, weil wir insbesondere für unsere Pferdehaltung einen erheblichen Teil des Ernteertrages gebrauchen. Höchst bedeutsam ist die ausreichende Kartoffelversorgung. Nach übereinstimmendem Urteil muß die Aussicht auf den Ertrag der Spätkartoffeln als gut bezeichnet werden, so daß die Verteilung von 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche der Bevölkerung möglich sein muß, ein Quantum, das vor kurzem bei Vespredung der Kartoffelordnung auch von den Vertretern der Landwirtschaft zugestanden wurde. Leider gibt die Kartoffelverordnung nicht die Sicherheit, daß die Bestände auch wirklich für die städtische Bevölkerung aufgebracht werden. Die Reichskartoffelstelle stützt sich zu sehr auf die Einführung der Wirtschaftskarte, auf der jeder einzelne Betrieb den Ernteertrag und die Ablieferung angeben soll. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß das einzig sichere Mittel, über die erforderlichen Mengen zu verfügen, die rechtzeitige Beschlagnahme ist. Schon vor Monaten ist in einer Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften gefordert worden, daß, soweit nicht schon im Herbst die Kartoffeln an die Städte geliefert werden können, der Mehlbestand, der erforderlich ist für den Verbrauch, in den Landgemeinden besonders ein gemietet werden muß. Das heißt, die Kartoffel wird aus der Hand des einzelnen Besitzers genommen und geht in Gewahrsam der Ortsgemeinden über. Zu einem ähnlichen Vorschlag kommt auch das Mitglied des Kriegsernährungsamtes, Herr Stadtrat Krüger, der in den Beiträgen zur kommunalen Kriegswirtschaft den Vorschlag macht, daß die Kartoffeln, die für den Winter- und Frühjahrsverbrauch berechnet sind, in die Nähe der Wohnsituationen im Herbst eingemietet werden, um beim Abruf die Schwierigkeiten des Transports im Winter zu vermindern. Kommt die Reichskartoffelstelle nicht zu einer solchen Regelung, so wird sie die Versorgung nicht sicherstellen

und uns abermals eine große Entbehrung auferlegen, die im kommenden Jahre um so übler werden kann, weil der Mangel an Ertrag in Nährmitteln aus Hafer und Gerste uns den Ausgleich sehr erschwert.

Eine andere Gefahr droht der Kartoffelversorgung durch den Ansturm aus Händlerkreisen. Hier macht sich das sehr lebhaftes Verlangen bemerkbar, eine freiere Bewegung des Handels herbeizuführen, und sei es auch nur insofern, daß dem Handel im Auftrag der Städte der freie Ankauf gestattet wird. Das Experiment hat schon einmal zum Zusammenbruch unserer Kartoffelversorgung geführt, und wir würden ganz sicher ein neues Fiasko erleben, wenn diesem Wunsche stattgegeben würde. Es muß deshalb schon jetzt sehr entschieden Protest dagegen eingelegt werden, daß dieser ganz unsinnigen Anforderung stattgegeben wird. Die Folge würde nur sein, daß jede Regelung des Bedarfs unterbunden wird, der gegenseitigen Konkurrenz beim Einkauf freier Spielraum gegeben wird und damit zu Preistreibereien in offener und versteckter Form neuer Anreiz gegeben würde. Wenn es dem Kriegsernährungsamt und den ihm unterstellten Ämtern für die Kartoffel- und Brotversorgung nicht gelingt, zeitig in diesem Jahre die Bestände zu erfassen, so werden wir in größere Schwierigkeiten kommen als je zuvor. Denn gerade im nächsten Jahre wird, bei dem ungünstigen Ausfall der Futterernte, der Versuch, Brotgetreide und Kartoffeln zu verfüttern, so starke Anregung finden, daß nur bei einer guten Organisation und vorzüglichen Kontrolle die Sicherung der Volksernährung möglich ist. Diese Kontrolle darf auch nicht, wie es bisher geschehen ist, den örtlichen Behörden übertragen werden, sondern sie muß von der Zentrale aus, von unabhängigen Leuten systematisch durchgeführt werden. Geschieht das nicht, so werden sich alle die Uebelstände im kommenden Wirtschaftsjahr in vergrößerter Form wiederholen gegenüber der zurückliegenden Zeit. Die Behauptung, daß gegenwärtig durch ungewöhnliche Lagerung Getreide verdirbt — was übrigens die Reichsgetreidestelle bestreitet —, darf uns nicht zu der Forderung verleiten, mit dem Frühbruch aufzuhören. Je mehr Getreide in die Hand der Reichsgetreidestelle kommt, je weniger besteht die Gefahr der Verfäulnis, um so sicherer gestaltet sich die Volksernährung. Es fehlt nicht an Lagerräumen, so daß eine ungewöhnliche Lagerung vermieden werden kann. Der Zustand, daß Getreide in offenen Mieten unausgedroschen beim Landwirt lagert, um dort zu verfaulen und ein Fraß für Ungezieser zu werden, wie es leider in diesem Frühjahr nicht vereinzelt vorkam, darf sich nicht wiederholen.

Mit unserer Fleischversorgung wird es im kommenden Frühjahr schlecht bestellt sein. Es muß jetzt schon darauf gedrängt werden, daß da, wo der Landwirt infolge von Futtermangel Vieh abhachten muß, ihm die Möglichkeit gegeben wird, das Vieh abzuleben. Jetzt haben wir, besonders in den Weidebezirken, gut genährtes Vieh. Wir können das Fleisch in Schlachthäusern konfervieren und würden einen Fehler begehen, wenn wir wieder, wie im Vorjahre, das Vieh im Winter durchhungern, um es dann im Frühjahr schlecht genährt abzuschlachten.

Die in Aussicht genommene Erhöhung der Milch- und Butterpreise wird uns zu keiner besseren Versorgung führen. Sie führt den Interessenten nur höheren Nutzen zu. Leider ist in der Beschaffung von Futtermitteln außerordentlich viel verärrmt. Wiederholt ist von weitbildenden landwirtschaftlichen Sachverständigen darauf hingewiesen worden, die Gewinnung von Laub für die Viehfütterung mehr nutzbar zu machen. Besonders wäre unsere Militärverwaltung in der Lage gewesen, hier mehr zu leisten als geschehen ist. Leider fehlt es auch dort an einem Weitblick, wie er in der gegenwärtigen Zeit auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Die Versorgung mit Gemüse und Obst ist noch immer Gegenstand unausgesetzter Klagen und Beschwerden. Ob es gelingen wird, die Marmeladenfabrikation mit den Beständen von Obst zu versehen, die dem Bedarf entsprechen, ist unsicher, da die Ansprüche außerordentlich hoch sind. Die Preise für Gemüsekonserven werden enorm hoch sein, da Gemüse nur zu hohen Preisen aufgekauft werden konnte und bei der Konservierung das ungeeignete Blechmaterial reichliche Mengen dem Verderben ausgesetzt wird. Die Zentralfstelle muß darauf hinwirken, daß die Konservierung in Blechdosen eingeschränkt — wenn nicht vollständig aufgehoben und das Gemüse mehr zum Trocknen verwandt wird. Allerdings muß diese Verarbeitung sachverständigen Händen anvertraut werden, nicht daß ein Fabrikat in den Handel kommt, das in einem so jämmerlichen Zustand sich befindet, wie es uns in diesem Jahre vielfach geboten wurde.

Sehr bedenklich für die Sicherung unserer Volksernährung ist die Ausbreitung des Schleichhandels. Er führt in der weiteren Folge dazu, daß der Versuch, der Gesamtbevölkerung das Minimum dessen, was sie zur Lebenshaltung gebraucht, zuzuführen unmöglich wird. Als Beweis dafür, in welchem Umfang große Bestände durch den Schleichhandel für die allgemeine Verteilung verschwinden, mag folgendes dienen: Wir haben während 17 Wochen an etwa 40 Millionen Menschen eine Fleischration von einem halben Pfund über das festgesetzte Quantum verteilt. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 3,4 Millionen Zentnern Fleisch. Nach den Feststellungen unserer Viehzählung sind in der Zeit vom Dezember vorigen Jahres bis zum März dieses Jahres 5,5 Millionen Schweine verschwunden, die bei den Schlachtungen nicht angemeldet wurden. Man muß annehmen, daß das Fleisch in den Schleichhandel gekommen, zum erheblichen Teil auch in landwirtschaftlichen Haushaltungen geblieben ist. Das Gesamtquantum an Fleisch, das auf diese Weise der Kontrolle entzogen ist, würde sich, wenn man nur das Schlachtgewicht pro Schwein auf einen Zentner schätzt, auf 5,5 Millionen Zentner belaufen. Es ist also außerhalb der Rationierung allein an Schweinefleisch erheblich mehr verschwunden, als die Zulage betragen hat, die in den 17 Wochen der Bevölkerung gewährt wurde. Die Schwierigkeiten, die bei ungenügenden Zuteilungen der Rationen für die Ernährung entstehen, treiben zum Schleichhandel, der allein mit Strafbestimmungen nicht zu unterbinden ist, es kann nur durch eine bessere Versorgung geschehen. Wird der Bevölkerung z. B. bei Kartoffeln ein Quantum von 10 Pfund pro Kopf und Woche gegeben, so hört darin der Schleichhandel ganz von selbst auf. Niemand wird sich der Mühe unterziehen, in diesem Falle aus das Land hinauszuzwandern, um die Abgabe von Kartoffeln zu erbitten und erbetteln. Noch gemeingefährlicher ist der Schleichhandel, soweit er gewerblich von Händlern betrieben wird, die durch enorme Preisaufschläge das Risiko ihres Unternehmens decken.

Die Aussichten unserer Volksernährung sind keine hoffnungstreudigen. Wir wissen nicht, mit welchen neuen Schwierigkeiten wir zu rechnen haben. Die Preisläge sind nicht abwärts, sondern bei vielen Produkten weiter aufwärts gegangen. Wir können gegenwärtig nicht übersehen, welche Unregelmäßigkeiten eintreten werden infolge Transportchwierigkeiten und ungunstigen Witterungsverhältnissen. Aber jowiel ist sicher, wir werden den harten Entbehrungen, die im Frühjahr bis in den Sommer dieses Jahres recht schwer auf unserer Bevölkerung lasteten, im kommenden Jahre nur entgehen, wenn mit Entschiedenheit der Ertrag der neuen Ernte für die menschliche Ernährung ersaßt wird. Die Bestände sind da, es muß möglich sein, diese Aufgabe zu erfüllen, sie entscheidet über das Maß des Erträglichen in der Volksernährung.

Robert Schmidt.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Agitation im Gau Nürnberg. Zu denjenigen Gauen, die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen sind, gehört auch Nordbayern. Von den 13 bei Kriegsausbruch vorhandenen Filialen ist eine (Wendelhofen) eingegangen, sieben wiesen am 30. Juni 1917 noch einen Mitgliedern von 450 Mitgliedern auf, während vier eine Ausnahme von 105 Mitgliedern verzeichnen und eine stabil geblieben ist. Die Ursache dieser ungünstigen Entwicklung liegt zum größten Teil an der bei Kriegsbeginn eingetretenen Arbeitslosigkeit, die die Stadt Nürnberg veranlaßte, zugunsten der in Privatbetrieben arbeitenden Arbeiter die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben auf 30 Stunden wöchentlich zu kürzen und den Arbeitslohn gleichermaßen herabzusetzen. Diese mehr als merkwürdige „soziale“ Maßregel, die deutlich zeigte, welchen Wert die oft gekürzten Stunden auf die „Ständigkeit“ der städtischen Arbeiter haben, bewog viele Kollegen, dem Verband den Rücken zu kehren und so sich selbst noch weiteren Schaden zuzufügen. Inzwischen hat eine Anzahl von ihnen das Unzweckmäßige ihres Verhaltens eingesehen. Die in letzter Zeit betriebene lebhafteste Agitation hat daher befriedigende Erfolge erzielt, so daß in Zukunft damit gerechnet werden kann, daß der Gau Nürnberg wieder auf seinen alten Stand kommt. Um diese Bewegung zu fördern, wurde in der Zeit vom 3. bis 9. September eine Agitationstour veranstaltet. Verbandsvorsitzender Deckmann sprach in Schweinfurt, Bamberg, Fürth, Nürnberg, Bayreuth und Würzburg über: „Die Tätigkeit des Gemeindefacharbeiterverbandes im Weltkrieg und seine künftigen Aufgaben.“ Die Versammlungen waren im allgemeinen gut besucht, mit Ausnahme von Bamberg, wo besondere örtliche Umstände den Besuch etwas beeinträchtigten. Die Leistungen des Verbandes im Kriege fanden überall lebhaften Beifall, um so mehr, als die Kollegen allervorwärts selbst durch die vom Verband geführten Lohnbewegungen Erfolge zu verzeichnen hatten, so zuletzt in Fürth und Würzburg. Die zahlreichen Neueintritte verbürgen ein Steigen der Mitgliederzahl, so daß zu hoffen ist, daß nicht nur der alte Stand erreicht, sondern sogar übertroffen wird. Dazu bedarf es jedoch der Mitarbeit aller Kollegen durch Kleinagitation von Mund zu Mund.

Donn. Am 5. August tagte eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter. Kollege Buchelt referierte über: „Sind die Löhne der städtischen Arbeiter den hohen Preisen für alle Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände angepaßt?“ Redner wies darauf hin, daß die Lohnströmungen mit den Ausgaben nicht gleichen Schritt halten und viele Arbeiter nicht in der Lage wären, die kleinen Nahrungsmittel einzukaufen. Darauf ist zum Teil auch der große Wechsel in den städtischen Betrieben zurückzuführen. Der Stadtverwaltung kann es aber nicht gleich sein, wenn alle paar Wochen neues Personal angelernt werden muß. Buchelt begründete eingehend die Forderung der Arbeiter um Lohnserhöhung. — Die nachfolgende Aussprache gestaltete sich recht lebhaft. Eine ganze Reihe Wünsche wurden vorgebracht. So unter anderem: Die Stadtverwaltung möge die Anschaffung der blauen Leinenanzüge der Erbauer, Feiger und Maschinisten übernehmen. Sie kosten heute 25 bis 30 Mk. und sind bei dem niedrigen Lohn nicht zu kaufen. Neuregelung des Urlaubes, Erhöhung des Kleidergeldes für die Standableiter am Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk wurde gefordert. Diese erhalten monatlich 5 Mk. Dafür sind aber nicht einmal die Schuhsohlen zu beschaffen. Als Vertreter der Stadtverwaltung war Oberingenieur Er. vom Elektrizitätswerk amfend. Am Abend vor der Versammlung hatte man in diesem Betrieb bekanntgegeben, alle Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 50 Pf. Es hatte den Anschein, als wollte man damit die Kollegen von der Versammlung abhalten. Dies wurde aber nicht erreicht. Die Versammlung war gut besucht. Der Vorsitzende stellte folgenden Antrag: „Alle städtischen Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von täglich einer Mark.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am zweiten Tage nach der Versammlung wurde am Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk bekanntgegeben, daß die Forderungen bewilligt sind. In den anderen Betrieben war aber nichts davon bekannt. Wir stellen deshalb den Antrag, auch in diesen Betrieben die Zulage zu bewilligen. Daraufhin wurden in der vorigen Woche am Tiefbauamt und im Fuhrpark 50 Pf. Zulage rückwirkend vom 1. August ausbezahlt. In der Gärtnerei und bei den Badeanstalten gab es überhaupt nichts. In der Stadtratsverwaltung vom 7. August 1917 wurde auch unsere Lohnforderung behandelt und beschloffen: „Alle Arbeiter erhalten eine tägliche Zulage von 1 Mk., rückwirkend vom 1. Juli.“ Die organisierten Arbeiter können mit diesem Erfolg zufrieden sein. Es ist aber nicht an der Zeit, auf den erregenden Vorbeeren auszurufen, sondern jeder muß alles daransetzen, die noch abseits Stehenden aufzuklären und zu überzeugen, sie dem Verbande zuzuführen. Denn jeder muß zugeben, wenn der Verband nicht immer eingegriffen hätte, wäre der Lohn nicht entfernt so gering, wie es der Fall ist. Während des Krieges ist der Lohn um 3 bis 4 Mk. pro Kopf ausbezahlt worden. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir nun alle Nöte los sind, dafür sorgen schon die Wucherer und Wollsauslauger. Bis heute haben 25 Kollegen ihren Beitritt erklärt.

Dortmund. Eine gut besuchte Versammlung vom städtischen Elektrizitätswerk fand am 4. September statt. Das Referat „Sind die Löhne den heutigen Verhältnissen angepaßt?“ hielt Kollege Fr. Buchelt. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich auch die Frauen lebhaft beteiligten, kam die Unzufriedenheit der Arbeiterinnen und Arbeiter so recht zutage. Vor allem fand eine lebhafteste Aussprache über die jetzigen Löhne statt. Gerade jetzt, wo die Lebensmittel und Bekleidungsstücke nicht zu bezahlen sind, fühlt sich die Stadtverwaltung überhaupt nicht veranlaßt, dementsprechend höhere Löhne zu zahlen, sondern findet die Arbeiter fast genau mit dem Lohn von der Friedenszeit ab, nur wird eine Teuerungszulage von 12 Mk. und 8 Mk. für Kinder gewährt. Der erst jetzt durch das bestehende Hilfsdienstpflichtgesetz gewählte Arbeiterschiedsgericht hatte beim Werkleiter eine 20prozentige Lohnserhöhung auf Grund der enormen Teuerungsverhältnisse beantragt. Jedoch gab es nur ganze 4—7 Proz. an Lohn mehr. Nicht einmal für alle, viele mußten sich bis jetzt noch mit dem alten Lohn zufrieden geben. Den Ableserinnen, welchen der Stundenlohn nur um ein paar Pfennige erhöht wurde (sie bekommen jetzt 40 Pf. die Stunde), ist aber dafür die Teuerungszulage entzogen worden; also sind sie aus dem Regen in die Traufe gekommen. Die Ableserinnen vom Fuhrdienst sind dadurch mit denen vom Innendienst gleichgestellt worden, nur mit dem Nachteil, daß erstere ihre Schuhsohlen bedeutend eher durchgelaufen haben und von ihrem ganz geringen Lohn noch zusehen müssen, da sie an fünf Tagen aufs Land müssen und nur 3 Mk. Speise dafür erhalten. Andere Städte zahlen 3 Mk. Lohn. Dasselbe gilt auch für die Außenarbeiter. Bei denen kommt es öfters vor, daß nach der Führung der Arbeiter von oben herab gefragt wird; fällt nun das Resultat für den einen oder anderen Arbeiter ungünstig aus, so schickt man den betreffenden von der einen zur anderen Arbeitsstätte, bis er zuletzt zum Werkstor hinauswandert. Teuerungszulagen gibt man den Arbeiterinnen keine, nur die Witwen erhalten Kinderzulage. Die Frauen im Hefelbauge und dergleichen stehen sich den Männern gegenüber doch etwas besser; sie bekommen alle 12 Stunden, die sie arbeiten müssen, bezahlt, während die Männer auch 12 Stunden arbeiten müssen, des Mittags durch. Es sind zwei Stunden, die umsonst gearbeitet werden zum Nutzen der Stadtverwaltung. Auch des Sonntags müssen die Männer für nichts und wieder nichts arbeiten, nur ganze fünf Stunden vergütet man zwei Arbeitern. Ueberhaupt verlangt der Ingenieur von den Arbeitern, daß sie am Sonntag arbeiten müssen, da sie doch im Monatslohn stehen — deshalb die Arbeit am Sonntag. Wie steht es aber mit dem Monatslohn? Berechnet aus dem Stundenlohn wird er monatlich zweimal ausbezahlt. Fehlt jedoch ein Arbeiter zwei Stunden oder länger, so werden sie gleich abgezogen. Hier Monatslohn, da Abzug und dort Sonntagsarbeit. Die Arbeiter werden auch nicht bezahlt. Auf Erfragen des Arbeiterschiedsgerichtes, doch die Sonntagsarbeit und Überstunden zu vergüten, antwortete der Betriebsleiter auf Veranlassung des Direktors: Er wolle dies regeln, aber grundsätzlich richte er sich nur nach der Lohn- und Postverwaltung, wie diese ihren Arbeitern diese Zeiten vergüten. Bis jetzt blieb es noch alles beim alten. Daß die Vergütungen bei der Lohn- und Postverwaltung keine richtigen sind, können sich die Arbeiter wohl denken. Mit dem Urlaub steht es auch mau aus. Einem Kollegen, der seinen Urlaub antreten wollte, wurde gesagt, daß er Urlaub gehabt hätte. Der Kollege war nämlich längere Zeit krank, und diese Krankheit hervorgerufen durch die wenigsten, minderwertigen Lebensmittel, dazu noch die anstrengende Arbeitsleistung wird einfach als „Urlaub“ gerechnet. Wir möchten doch den betreffenden Herrn einmal fragen, wie er sich dazu stellt, wenn ihm gleiches zugemutet würde? Einem Feiger wurde 170 Mk. Anfangslohn und Teuerungszulage bei seinem Arbeitsantritt versprochen; als aber der Lohn kam, hatte er unter dem Versprochenen verdient; außerdem sollte die Teuerungszulage. Als er darauf kündigt wollte, sagte man ihm, er bekomme seinen Abtrittschein. Die Kündigungsgeld ist für diesen Musterbetrieb so recht passend, nämlich 24 Stunden. Einem Feiger, dem das Betreten der Werksanlagen untersagt wurde, verweigerte die Werkleitung den Abtrittschein. Der Schlichtungsfall nach § 9 Absatz 1 des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes. Sache des Feigers ist es nun, beim Gewerbegericht auf Schadensersatz zu klagen; denn die Betriebsverwaltung war verpflichtet, den Abtrittschein sofort zu erteilen und den Feiger nicht zu zwingen, ein paar Wochen arbeitslos herumzulaufen. — Daß alle diese Zustände nur durch Einigkeit und eine starke Organisation abgekehrt werden können, haben die Arbeiterinnen und Arbeiter alle ein, denn der weitaus größte Teil der Anwesenden wurde Mitglied unserer Organisation. Den Kolleginnen und Kollegen aber rufen wir zu: Nicht rasten und ruhen, bis auch der letzte Mann und die letzte Frau vom Werk unserem Verbande angehört; denn nur eine starke Organisation und eine geschlossene Arbeiterschaft führt zum Ziele. Am Schlusse wurde einstimmig beschloffen, mit einer Forderung um schnellste Erledigung an die Stadtverwaltung heranzutreten und für alle auf dem städtischen Elektrizitätswerk beschäftigten Frauen und Männern pro Tag 1,50 Mk. Lohnserhöhung zu fordern unter Weiterzahlung der Teuerungszulage.

Einnahmen und Ausgaben der

Rechnungs- periode	Gau	Zahl der Mitglieder				Einnahmen																				
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Beitrag bei der letzten Rechnung		Eintrittsgelder für Mitglieder		Wochenbeiträge für Mitglieder				Ergän- zungen	Sonder- ein- nahmen	Vor- schuß der Genossin- nen	Summe der Einnahmen									
						♂	♀	männl.	weibl.	à 50 Pf.	à 40 Pf.	à 25 Pf.	sonst.													
1	Berlin	4828	4872	—	44	53159	69	161	—	108	25	21084	40	1009	60	3017	36	284	10	7309	35	1134	65	—	—	87268
2	Brandenb.-Pomm.	528	488	42	—	3396	95	7	50	15	50	1344	—	778	80	214	50	32	70	346	35	5	90	170	88	6312
3	Bremen	1187	1023	134	—	9912	—	33	50	35	—	4555	—	5	60	320	—	24	—	992	30	—	—	—	—	16177
4	Breslau	2171	1824	547	—	20549	82	66	70	255	—	3580	50	988	—	4344	25	10	07	2883	10	140	35	—	—	14885
5	Dresden	1678	1643	33	—	28278	11	34	—	8	25	8001	—	1063	20	308	25	168	20	2867	80	117	20	67	95	40881
6	Tüffeldorf	959	919	40	—	6321	55	63	50	8	75	4180	10	134	40	174	50	8	70	481	90	139	95	513	94	12167
7	Frankfurt a. M.	1091	1035	56	—	11080	24	63	70	6	75	7012	50	575	20	686	50	64	95	1079	20	518	97	232	27	12170
8	Hamburg	3158	3213	—	55	139484	20	24	50	6	25	15521	—	—	—	522	25	121	95	17775	65	1989	14	—	—	175224
9	Hannover	508	509	—	3	5709	89	10	—	4	25	2448	50	250	40	120	50	20	95	292	70	88	28	212	48	9087
10	Königsberg i. Pr.	364	379	78	—	1287	79	40	50	—	50	1115	—	834	40	7	—	18	60	507	30	4	50	—	—	3515
11	Leipzig	1418	1394	24	—	9611	62	25	70	7	25	6008	90	1167	20	480	25	58	40	689	55	55	10	783	29	18825
12	Süder	867	829	38	—	9743	74	38	50	2	50	4759	50	240	—	109	50	35	40	721	25	68	10	—	—	15718
13	Wagdeburg	706	776	—	10	4388	18	8	50	2	—	2439	20	1749	20	121	55	34	55	508	20	61	18	176	—	9437
14	Wannheim	1486	1476	10	—	8888	79	34	—	3	25	5802	30	918	80	476	10	53	80	838	45	8	40	175	82	17090
15	Winnau	2752	2828	224	—	24570	79	59	—	68	25	9785	50	1869	20	1928	25	285	15	3640	30	—	30	75	—	41205
16	Würnberg	1026	967	69	—	12785	59	12	50	14	—	4257	50	689	20	417	—	136	20	878	60	15	11	157	25	19940
17	Strasbourg	608	614	—	11	7894	94	—	—	25	—	2681	70	127	30	178	25	50	25	380	95	196	78	204	94	11522
18	Stuttgart	1440	1426	14	—	14779	17	18	70	6	75	6229	—	834	—	450	50	109	35	1347	80	300	25	849	01	25224
19	Einzelmitglieder	135	134	1	—	—	—	2	70	2	50	96	70	115	40	218	15	—	—	—	—	2	60	—	—	437
Summa		27321	26347	1297	123	353931	36	763	—	553	25	111632	30	12997	88	13995	25	1591	63	42235	85	4671	65	3573	58	345813
Im I. Quartal 1917		26347	26380	1305	348	354481	35	608	—	440	—	110222	50	18249	60	9910	50	1510	35	42749	20	8134	70	9888	54	351180

Kürzerung: Unter den Wochenbeiträgen à 50 Pf. befinden sich schon 633 à 60 Pf. = 379,80 Mk. Unter den Wochenbeiträgen

Nachfolgend die zum Gau gehörenden Filialen nebst

Die in Klammern beigefügten Zahlen sind

Gau Berlin. Groß Berlin (4872) 4828	Bremen (770) 765 Bremervaben (48) 45 Eildenburg (18) 22 Nürtingen (124) 262	Reigen (23) 21 Rittroeba (28) 31 Neugersdorf (30) 29 Sirma (11) 9 Schneeberg (4) 4 Zehniß (10) 11 Jittau (71) 69	Remscheid (5) 4 Ronsdorf (4) 4 Solingen (4) 4	Gau Brandenburg-Pomm. Beetz (11) 32 Brandenburg (42) 41 Cöpenick (60) 60 Kottbus (29) 28 Frankfurt a. O. (3) 2 Fürstentum (14) 14 Greifswald (1) 1 Guben (37) 45 Kolberg (36) 36 Landshut (26) 27 Ludowig (33) 35 Kornau (9) 8 Erandau (3) 3 Cietlin (180) 196	Gau Breslau. Breslau (1575) 2100 Landshut (23) 24 Wegau (27) 47	Gau Dresden. Annaberg (3) 3 Pausen (4) 5 Chemnitz (381) 394 Födeln (17) 19 Freiberg (930) 960 Freiberg (60) 67 Görlitz (34) 37 Großhain (10) 12 Ramsitz (1) 1 Vobau (4) 1	Gau Tüffeldorf. Nachen (13) 13 Barmen (122) 159 Dorn (46) 43 Geln (285) 318 Greif (5) 6 Dorfmund (5) 6 Eisberg (18) 37 Tüffeldorf (137) 142 Eibersfeld (142) 146 Effen (100) 46 Lagen (24) 26 Tchlys (6) 5	Gau Frankfurt a. M. Biebrich (18) 19 Goblenz (14) 14 Gießen (14) 10 Frankfurt a. M. (792) 832 Frankfurt-Land (4) 4 Friedberg (9) 10 Gießen (86) 89 Hanau (17) 17 Kreuznach (32) 36 Kainz (311) 323 Limbach (165) 165 Weglar (1) 7 Wiesbaden (169) 165	Gau Hannover. Bielefeld (80) 74 Braunschweig (63) 59 Cassel (143) 125 Detmold (7) 7 Göttingen (12) 12 Hannover (176) 203 Hildesheim (21) 20 Münden (7) 6	Gau Königsberg. Danzig (30) 31 Elbing (6) 5 Königsberg (227) 276 Kemel (14) 10 Lilith (2) 3	Gau Leipzig. Apolda (10) 10 Krauß (9) 11 Grimmlitzgau (30) 29	Gauen Gütersloh (39) 40 Gera (70) 68 Gotha (14) 45 Halle (164) 159 Hera (93) 96 Altenau (12) 36 Langensalza (1) 1 Leipzig (552) 581 Münchberg (7) 14 Meyna (15) 20 Näbelsbach (1) 2 Pausen (56) 66 Pöschel (12) 13 Reichenbach (13) 16 Weimar (6) 5 Reichenfeld (18) 16 Weidau (18) 19
-----------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bremen. Am 5. September 1917 fand im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich lediglich mit der Lohn-
erhöhung befaßte. Der Vorsitzende gab bekannt, daß auf die an das
Lohnprüfungsamt vom 5. Juli er. eingereichte Lohnneingabe, worin
eine Lohnerböhung von 1 Mk. pro Tag — 6 Mk. pro Woche, sowie
eine 25 prozentige Erhöhung für Überstunden und 50 Proz. für
Nacht- und Sonntagsarbeit gefordert wurde, dem Vorstand eine
Mitteilung des Senats zugegangen ist. Hierin wird mitgeteilt, daß
dem Antrage auf Lohnerböhung nicht entsprochen werden könne,
daß dagegen aber vom Senat beschlossen worden ist, neben Ge-
währung einer einmaligen Teuerungszulage eine Erhöhung der
wöchentlich anzufälligen Kriegsteuerungszulagen, wie solche unten-
stehend ersichtlich sind, eintreten zu lassen. Der Beschluß des Senats
betreffend Kriegsteuerungszulagen für Staatsarbeiter lautet: „Es
wird beschlossen, eine Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für die
Staatsarbeiter in Anlehnung an die für die Beamten beschlossene
Sage in folgender Höhe eintreten zu lassen: Ledige und allein-
stehende Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Kriegsteuerungszu-
lage von 4.— Mk. die Woche, über 18 Jahre eine solche von
5,70 Mk. die Woche. Verheiratete Arbeiter ohne Kinder und solche
ledigen und alleinstehenden Arbeiter, die im eigenen oder gemein-
samem Haushalt Anverwandte übermäßig unterhalten, erhalten eine
Kriegsteuerungszulage von 7,50 Mk. die Woche. Die Kinderzulage
wird auf 1,90 Mk. für die Woche erhöht. Diese neuen Sätze treten
mit Beginn der Lohnwoche, in die der 1. September d. J. fällt, in
Kraft. Außerdem erhalten sämtliche verheirateten Arbeiter und
die ihnen gleichgestellten ledigen oder alleinstehenden Arbeiter, die
im eigenen oder gemeinsamen Haushalt Anverwandte übermäßig
unterhalten, eine einmalige außerordentliche Teuerungszulage von
150 Mk., die in zwei gleichen Raten von je 75 Mk. mit der ersten

Lohnzahlung im September und Dezember d. J. gezahlt wird. Die
erste Rate wird nur denjenigen Arbeitern gewährt, die am 1. Sep-
tember d. J. mindestens dreizehn Wochen ununterbrochen im Dienste
des Staates beschäftigt gewesen sind. Die zweite Rate wird nur
denjenigen Arbeitern gewährt, die am 1. Dezember d. J. min-
destens dreizehn Wochen ununterbrochen im Dienste des Staates
beschäftigt gewesen sind.“ — Nach einer sehr lebhaften Debatte, in der
die Mängel der Teuerungszulage hervorgehoben wurden, sind
folgende Anträge einstimmig angenommen: „Die Teuerungszulage
ist vom 1. Juli an nachzuzahlen. — Die Kinderzulage wird bis zum
18. Lebensjahre gewährt. — Die ledigen Arbeiter und Arbeit-
erinnen sowie die Arbeiterinnen, welche Reichsunterstützung emp-
fangen, beziehen, sind bei der einmaligen Teuerungszulage zu berücksich-
tigen.“ — Fortzahlung der Teuerungszulage bei Erwerbslosigkeit
in Anwesenheitsfällen. — Den Kriegsteuern der eingezogenen
Staatsarbeiter ist eine laufende Teuerungszulage zu gewähren.
Der Vorstand wird beauftragt, diese Anträge beim Lohnprüfungs-
amt zu vertreten.“
Elbing. Am 11. September fand eine gut besuchte Versamm-
lung der hiesigen Arbeiter im „Volkshaus“ statt. Der Vor-
sitzende dankte hier einen Vortrag über „Die Entschlingung und
Entwickelung der deutschen Gewerkschaften“. Den Ausführungen
folgten die Versammelten mit größter Aufmerksamkeit. Mehrere
Kollegen traten dem Vortrage bei. Die hiesigen Arbeiter Ge-
lungts befinden sich endlich auf dem Wege, ihre Lebens- und
Arbeitsbedingungen zu verbessern.
Wien. Eine Mitgliederversammlung die am 2. September
im Gewerkschaftshaus stattfand und gut besucht war, beschäftigte
sich mit den Lohnverhältnissen und den hohen Lebensmittelpreisen.
Das erlesene Referat hielt Gauleiter H. H. de Frankfurt über:

Gaue im II. Quartal 1917.

Ausgaben

Summe der Einnahmen	Ausgaben															Auf Kosten der Hauptkasse wurden gezahlt					Laufende Kt.
	Ber-nachung	Agil-tation	Vohn-bewegung	Arbeits-lofer-Unter-stützung	Krank-Unter-stützung	Enstlig-Unter-stützung	Kartell- u. Gefre-tarats-beiträge	Bil-dungs-mittel	Enstliger Aus-gaben	Jurisd-gehalt-ter Bor-schlag	Stn die Haupt-kasse geandt	Summe der Aus-gaben	Reicht-Beitand	Sterbe-Unter-stützung	Krank-Unter-stützung	Arbeits-lofer-Unter-stützung	Gemein-schafts-Unter-stützung	Straf-Unter-stützung			
7268	11017.20	134.50	251.00	71.75	2003.25	1459.00	101.21	571.80	19016.75	34906.28	52362.33	3457.50	7292.00	87.50					1		
5312	42.14	7.00			78.25	20.00	128.20	7.00	1788.06	2636.93	3675.15	290.00	753.75	8.50					2		
5177	1628.38	65.50			168.00	366.00	325.45	26.02	3972.19	6771.12	9406.28	970.00	1097.00						3		
4885	2720.89	649.60			17.20	88.00	442.34	72.42	6973.08	11020.54	3864.58	870.00	801.75	4.00					4		
3881	3388.76	189.55	58.30	10.32	1817.70	250.00	329.77	22.18	87.98	717.21	13303.34	27580.62	1795.00	3929.25	115.00				5		
2167	1197.99	59.20	2.06		66.41		196.89	17.43	513.94	3444.42	5521.08	2646.21	1120.00	1331.75					6		
1270	2565.56	40.94	12.00		90.50	10.00	255.36	14.92	232.27	6789.58	10111.34	10858.74	1945.00	2684.25					7		
5324	1047.40	251.27		8.50	854.54	1906.00	1410.90	55.74	201.75	12170.84	20388.96	14835.96	3845.00	4705.25	37.50				8		
9097	512.34	8.00			96.22	114.00	160.53	12.00	212.48	2128.85	3257.92	5839.76	775.00	820.75					9		
3615	420.98	87.70	18.00		119.40		119.40		2.40	1286.22	1882.70	1632.89	110.00	427.00					10		
8825	2244.68	88.85			159.75	109.50	242.48	48.10	783.29	5882.13	9382.50	9432.56	1580.00	3029.00	67.00				11		
5718	902.76	42.70			151.90	124.50	614.20	66.90	889.10	5853.74	9664.75	1026.00	1846.25						12		
9437	1108.29	40.95	65.00		21.50	20.00	191.49	27.85	176.00	3265.45	4900.15	4537.78	1180.00	1119.50					13		
7099	2107.09	70.00	22.30		190.00	70.00	184.00	8.00	175.82	5554.38	9418.03	8681.68	1575.00	2488.25					14		
1206	4259.14	78.46	25.00		390.83	283.30	627.35	27.58	30.75	10558.68	19275.98	24829.20	1798.25	4479.15					15		
8949	2126.74	17.50	18.50		317.08	24.00	384.81	13.00	167.25	4136.36	7221.81	12068.14	1112.50	1514.50					16		
1322	1173.62	55.00		23.35	67.00	19.00	83.15	10.00	203.94	2215.92	3746.18	7676.68	342.50	869.00	10.00				17		
5324	1868.51	78.36	27.30		201.33	330.00	360.82	38.60	849.01	6045.74	10130.17	15194.17	2130.00	2401.75					18		
437									457.85	437.85				24.00					19		
5813	5835.11	1815.57	432.91	189.58	6681.68	4812.38	6663.14	538.96	1744.75	3573.58	104677.29	183226.67	362388.42	25778.75	41573.15	279.50		27.97			

10945.94 1991.98 874.78 1584.45 8003.28 8142.11 5836.62 785.38 5093.00 9888.54 102069.32 197258.38 353931.36 21600.00 67811.55 2121.50 222.00 24.00

10 Pf. befinden sich schon 25 Pf. befinden sich schon 100 a 35 Pf. = 66. -

Mitgliederzahlen am Schluß des II. Quartals 1917.

die Mitgliederzahlen vom vorigen Quartal.

Seib (21) 21	Wagdeburg-Land (1) 1	Gödelau (5) 5	Gabersee (16) 16	Doi (23) 23	Omünd (25) 29
Seibau (80) 79	Nordhausen (10) 10	Heidelberg (103) 119	Angolstadt (4) 4	Rüdingen (11) 11	Göppingen (32) 28
Gau Rabeb.	Dachlinsburg (13) 12	Kaiserlautern (72) 65	Kaufbeuren (5) 5	Rulmbach (9) 8	Seidenheim (10) 12
Famshüttelsoog (6) 5	Stahenow (11) 11	Statz (175) 166	Kempten (7) 32	Rürnberg (485) 498	Seilbrom (112) 110
Sustrow (50) 50	Hoflau (8) 12	Vandau (40) 36	Landshut (3) 3	Schwabach (16) 15	Konstanz (34) 33
Nel (306) 343	Sangerhausen (21) 19	Rubinsgshalen (143) 135	München (1960) 2157	Schneemühl (77) 79	Storzheim (82) 83
Labed (167) 172	Sondershausen (1) 1	Mannheim (569) 587	München-Land (17) 17	Reulingen (53) 52	Reulingen (11) 11
Neisod (224) 221	Stahlfurt (6) 7	Mannheim-Land (5) 9	Neustadt (5) 5	Gau Strahburg.	Stuttgart (922) 948
Wannemünde (38) 37	Stendal (50) 49	Birmansfeld (24) 23	Regensburg (46) 44	Colmar (15) 9	Stuttgart-Land (15) 14
Wismar (39) 39	Wernigerode (34) 32	Formas (8) 8	Stojensheim (51) 50	Reiburg (154) 168	Lüdingen (3) 2
Gau Wagdeburg.	Wittenberg (5) 6	Gau München.	Straubing (13) 18	Obweiler (5) 5	Ulm (88) 86
Müherleben (43) 48	Wittenberge (11) 12	Augsburg (231) 259	Trautheim (39) 37	Vorrach (11) 11	Juffenhäusen (20) 20
Fung (13) 14	Jerbitz (28) 27	Bad Reichenhall (5) 4	Wöllersdorf (1) 1	Wartkirch (5) 5	Einzelmitglieder der Hauptkasse: (134) 135
Folgen (24) 24	Gau Rannheim.	Benediktbeuern (2) 2	Gau Nürnberg.	Rühlhausen i. Gf. (132) 132	Insgesamt: 293 Mitgliden mit 27521 Mitgliedern
Teisau (35) 31	Algen I (14) 14	Blaisbach (2) 2	Ansbach (7) 5	Strahburg (278) 257	
Krankenhausen (7) 7	Algen II (5) 6	Deggendorf (9) 9	Bamberg (38) 39	Strahburg-Land (17) 16	
Waldenfeld (7) 7	Darmstadt (228) 223	Egling (50) 50	Bayreuth (83) 84	Gau Stuttgart.	
Wagdeburg (448) 436	Durlach (11) 10	Freising (36) 37	Urlangen (54) 107	Ehlingen (32) 32	
	Frankenthal (18) 19		Hirth (132) 125	Feuerbach (60) 52	

Wie können die städtischen Arbeiter ihre Löhne erhöhen und die Arbeitsbedingungen verbessern? Medner ging an Hand reichen Materials und amtlicher Statistiken dazu über, die Löhne der städtischen Arbeiter mit den fortgeschrittenen Steigerungen der Lebens- und aller Bedarfsartikel zu vergleichen. Er kam zu dem Schluss, daß der Grundlohn mit Feuerungszulage mit den heutigen Anforderungen der Zeit nicht im Einklang steht. Nach langer, lebhafter Debatte wurde der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu einer Erhöhung des Grundlohnes in die Wege zu leiten. Nach einem warmen Appell des Vorsitzenden, eifrig für den Verband zu agitieren, erfolgte Schluß.

Wittlingen. (Feuerungszulagen.) Auf unserm Rathhause scheint man recht eigenartige Ansichten von den Arbeiterverhältnissen zu haben. Bei niedrigen Löhnen hielt man Feuerungszulagen bisher für überflüssig. Bestimmens können Feuerungszulagen von 6 Mk. pro Monat für verheiratete Arbeiter nicht erwahrt werden. Negi hat man wieder einmal versucht, die städtischen Arbeiter durch Gewährung von Feuerungszulagen zu überwinden. Die Arbeiter forderten neben den bisherigen geringen Feuerungszulagen eine Vohnerhöhung von 1 Mk. pro Tag. Prozentuale Aufschläge für Abendstunden, Sonn-, Feiertags- Nacht- und Wocherarbeiten. In Anbetracht der niedrigen Löhne und der um mehrere hundert Prozent verneinten Lebenshaltung eine geringe mehr wie bestehende Forderung. Wenn die Arbeiter eine Bedenkliste ihrer Löhne aufgestellt hätten, selbst dann noch wären die Vohnerhöhungen der letzten Feuerung nicht angebracht. Nicht bei der Möglichkeit beschließen, die bisherigen Feuerungszulagen werden aufgehoben. Dafür werden folgende Feuerungszulagen gewahrt: Unverheiratete, Verheiratete oder Gleichbediene erhalten 5 Pf. pro Stunde, Verheiratete ohne Kinder 9 Pf., Verheiratete mit 1 und

2 Kindern 12 Pf., Verheiratete mit 3 und 4 Kindern 15 Pf. pro Stunde, mit 5 und 6 Kindern 18 Pf. pro Stunde und mit 7 und mehr Kindern 21 Pf. pro Stunde. Für Überstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit wird ein Aufschlag von 25 Proz. gewahrt. Auf der einen Seite scheint es so, als ob man den Arbeitern tatsächlich etwas gewähren wollte. Auf der anderen Seite nimmt man den Arbeitern aber die bisherigen Feuerungszulagen und reduziert dadurch die Zulagen recht erheblich. Einmal wird schon grober Unfug mit den Kinderzulagen getrieben. Die Mehrzahl der Arbeiter sind älter, so daß kinderreiche Familien nur recht vereinzelt vorhanden sind. Das ist auch dem Magistrat bekannt. Damit ist dann aber auch bewiesen, daß die Kinderzulagen lediglich als Dekorationsstück dienen. Die Ausgaben sind recht gering dafür. Nun hat man sich aber noch ein Stückchen geleistet, das die Zulagen überhaupt in Frage stellt. Es heißt, die bisherigen Tagelöhne werden aufgehoben und dafür Stundenlöhne gewahrt. Das bedeutet für die Arbeiter des Stadtbauamtes eine direkte Lohnerhöhung. Beim Stadtbauamt besteht für die Wintermonate eine unregelmäßige, meist verkürzte Arbeitszeit. Der Lohn war Sommer und Winter gleich. Durch die Einführung von Stundenlöhnen wird im Winter jetzt nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Dadurch sinkt das Lohnverkommen dieser Arbeiter ganz erheblich und die jetzt gewährten Feuerungszulagen werden nahezu vollständig aufgehoben. Damit glaubt der Wittlinger Magistrat, den Wünschen der städtischen Arbeiter entgegen zu haben. Eine ärgere Verhöhnung der Arbeiter ist wohl nirgends zu verzeichnen gewesen. Der Vorstand berichtet es uns, eine betrieblige Handlungsweise so zu kritisieren, wie sie es verdient. Wir glauben den Herren auf dem Rathhause, doch für sich gar nicht in die Lage eines hungernden Arbeiters hundertenden können. Der Magistrat möge aber doch ein-

Die...
ep...
nur...
un...
ber...
der...
sind...
lage...
zum...
ste...
reih...
auf...
zeit...
nen...
ren...
sp...
um...
Sor...
und...
son...
ere...
81...
und...
ber...
late...
ten...
ber...

Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1917.

Einnahme:	
Bestand	81 656,50 M.
Eintrittsgelder	1 256,25
Mitgliedsbeiträge	105 599,04
„Die Gewerkschaft“	160,74
„Frauen-Zeitung“	22,30
Kalender	215,15
Zinsen	65,42
Zurückgezahlte Vorschüsse der Filialen	3 573,58
Von der Vermögensverwaltung	20 000,—
Sonstige Einnahmen	273,76
Summa	212 622,74 M.

Ausgabe:	
Streikunterstützung	27,97 M.
Rechtschutz	261,73
Arbeitslosenunterstützung	279,50
Krankenunterstützung	41 573,15
Stenogrammunterstützung	22 028,75
an die Familien gekrankter Mitglieder	3 750,—
Agitation durch die Gaubureaus	18 402,93
das Hauptbureau	463,90
Lohnbewegungen durch die Gaubureaus	1 716,45
Stellennachweis	359,55
Beitrag an die Generalkommission	1 236,75
Teilnahme an Konferenzen	7,—
„Die Gewerkschaft“	14 119,30
„Frauen-Zeitung“	585,84
Unterrichtsstufe und Bildungsmittel	150,—
Literatur	71,18
Vorschüsse an die Filialen	3 573,58
Personliche Verwaltungskosten:	
Gebälter	6 297,34 M.
Sitzungsgelder	73,20
Versicherungsbeiträge	601,—
Familienunterstützung an d. Angehörige	7 836,—
Sächliche Verwaltungskosten:	
Druckfachen	390,— M.
Bureauentfalten	291,95
Materialien für die Filialen	1 224,50
Porto	506,17
Miete, Heizung, Heizung und Beleuchtung	1 766,30
Sonstige Ausgaben	897,33
Summa	128 691,27 M.

Schluß:	
Einnahme inkl. Bestand	212 622,74 M.
Ausgabe	128 691,27
bleibt Bestand	84 131,47 M.

Berlin, den 10. September 1917.

O. K h m a n n, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren:

Friedrich Perschke, Bruno Otto.

Zusammenstellung

der Gesamteinnahme und -ausgabe des Verbandes im 2. Quartal 1917.

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	545 815,09 M.
Wovon an die Hauptkasse	106 877,29
verbleiben 438 937,80 M.	
Einnahme der Hauptkasse	212 622,74
Summa	651 760,54 M.

Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	193 226,67 M.
Wovon an die Hauptkasse	106 877,29
verbleiben 76 349,38 M.	
Ausgabe der Hauptkasse	128 691,27
Summa	205 040,66 M.

Schluß:	
Gesamteinnahme	651 760,54 M.
Gesamtausgabe	205 040,65
Bestand (Zentral, 392 599,42 M., Hauptk. 84 131,47 M.)	446 719,89 M.
Wozu in der Vermögensverwaltung des Verbandes	769 896,32
Gesamtvermögen	816 615,21 M.

mal den Arbeitern mitteilen, wovon sie bei diesen Hungerlöhnen leben sollen? Erst entzieht man den Arbeitern die ohnehin erbärmlichen Feuerungszulagen und dann reduziert man auch noch die Löhne. In einer Zeit der gewaltigsten Teuerung, die wir jemals haben durchmachen müssen, ist das jedenfalls ein tolles Stück. Glaubt man auf dem Rathause, daß nunmehr die Sache abgetan ist? O nein, ihr Herren, jetzt geht der Tanz erst los. Die Arbeiter haben Mittel und Wege genug, daß sich auch andere Stellen einmal mit den Löhnen in den städtischen Betrieben Göttingens beschäftigen. Der Magistrat muß sich erneut, und zwar einmal etwas ernsthafter wie bisher, mit den Lohnverhältnissen der städtischen Arbeiter beschäftigen. Inzwischen werden die Arbeiter durch Ausbau und Stärkung ihrer Organisation die richtige Grundlage schaffen, auf der allein die nötige Beachtung und somit Erfolge erzielt werden. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz.

Ränden. (Teuerungszulagen.) Unsere Kollegen der Gasanstalt forderlen die Erhöhung ihres Lohnes um 1 M. pro Tag. Die städtischen Kollegen stimmten aber nur einer Teuerungszulage von 50 Pf. pro Tag zu. Damit erhalten die Gasarbeiter eine Teuerungszulage von 2,25 M. pro Tag. Die Stadtverwaltung sollte schließlich einsehen, daß Lohnzulagen wichtiger wie Teuerungszulagen sind. Es sieht ja für Augenliebende gut aus, wenn es heißt, die Gasarbeiter erhalten eine Teuerungszulage von 2,25 Mark pro Tag. Betrachtet man sich aber die Grundlöhne, 4,10 M. pro Tag, dann wird man finden, daß Lohn und Teuerungszulage zusammen nicht das Einkommen ergeben, das zur Unterhaltung einer Familie notwendig ist. Die Herren auf dem Rathause sollten selbst zu der Einsicht kommen, daß in der jetzigen Zeit die äußerst anstrengende Arbeit mit dem jetzigen Lohn nicht bezahlt ist. Der beste Beweis ist der, daß es der Gaswerksverwaltung unmöglich ist, Arbeiter für diesen Lohn zu erhalten. Dringend notwendig wäre gewesen, die äußerst mäßigen Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Jetzt rächt sich die Lohnpolitik der früheren Jahre bitter. Nur mit Widerwillen wurden vor dem Kriege nur wenige Fernrige Lohnzulagen bewilligt. Dadurch blieben die Löhne zurück und waren den wirtschaftlichen Verhältnissen am Orte nicht angepaßt. Jetzt fällt es der Stadtverwaltung allerdings schwer, das Verfaulene nachzuholen. Wir wollen gern anerkennen, daß die Stadtverwaltung während des Krieges stets den guten Willen hatte, soweit wie möglich den Wünschen der Arbeiter nachzukommen und deren Not etwas zu mildern. Wenn das durch die Teuerungszulagen nicht gegülit ist und auch nicht glücken konnte, dann tragen die viel zu niedrigen Grundlöhne die Hauptschuld daran. Deswegen waren Lohn- und nicht Teuerungszulagen das Notwendigere. Die Herren sind ja auch selbst davon überzeugt, daß in der jetzigen teuren Zeit der Lohn für die anstrengende Arbeit zu niedrig ist. Der beste Beweis ist der, daß die Arbeiter jetzt 12 und früher nur 10 Stunden pro Tag bezahlt erhalten. Der gute Wille ist also vorhanden. Gewiß ist die Zulage von zwei Stunden eine weitere wesentliche Verbesserung in der Einnahme. Aber das sind nur Bequämlichkeiten, die den Arbeitern jeden Tag wieder genommen werden können. Wirkliche Verbesserungen bringen eben nur Lohnzulagen. Da hat der Arbeiter etwas Sicheres und kann seine Einteilung danach treffen. Hoffentlich bricht die Stadtverwaltung in Zukunft mit den Teuerungszulagen und nimmt eine durchgreifende Lohnregulierung vor.

Schweinfurt. Eine allgemeine Versammlung aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter fand am 3. September abends 8 Uhr in der „Blauen Glode“ statt. Die Versammlung war sehr gut besucht, was seinen Grund darin hatte, daß die Kollegen den längst gehegten Wunsch, ihren Hauptvorsitzenden einmal kennen zu lernen, endlich erfüllt sahen. Das Referat des Kollegen K e d m a n n über „Die Tätigkeit unseres Verbandes während des Krieges“ wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion darüber fand nicht statt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde die Verhandlung über unsere Versorgungsfrage von der Tagesordnung abgesetzt. Darüber soll in nächster Versammlung Genosse W i s t e r einen eigenen Vortrag halten.

Würzburg. Am 9. September fand eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter im Restaurant zum „Goldenen Hahn“ statt. In eingehender Weise legte der Verbandsvorsitzende K e d m a n n -Berlin und Kollege E h r e t -Nürnberg die Tätigkeit des Verbandes seit Kriegsausbruch dar, und gar mancher Kollege wird von der segensreichen Tätigkeit unserer Gewerkschaft eine gute Meinung erhalten haben. Aber auch in bezug auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiter ist geleistet worden, was nur immer zu leisten war. Daß Würzburg nicht mit zu den Gemeinden gehört, die alle Forderungen durchdrücken konnten, liegt an den Kollegen selbst. Doch ist anzunehmen, daß auch hier Wandel geschaffen wird. Die letzte Lohnbewilligung konnte die Kollegen nicht befriedigen. Deshalb wurde Kollege E h r e t aufgefordert, sofort eine neue Eingabe an den Stadtmagistrat gelangen zu lassen. In der Ansprache kam ebenfalls zur Kenntnis, daß bei der gegenwärtigen Teuerung die Arbeiter mit ihren Löhnen nicht auskommen können. Die Versammlung brachte uns 22 Neuaufnahmen. Nach kurzem, kernigem Schlußwort schloß der Vorsitzende die Versammlung.

• Internationale Rundschau •

Schweiz. (Volksabstimmung für den Achtstundentag.) Wie wir der „Metallarbeiter-Zeitung“ entnehmen, fand in der Stadt Zürich am 28. August eine Abstimmung der stimmberechtigten Bürger über die neue Gemeindeordnung statt, die Lohnerhöhungen und Achtstundentag enthält und mit 28 648 gegen 3 378 Stimmen, also mit einer Mehrheit von neun Zehnteln angenommen wurde. Das ist ein unerwarteter glänzender Sieg des Achtstundengebändens, der für unsere weitere Achtstundentagbewegung von der größten Bedeutung ist und sich als sehr förderlich und wirksam erweisen wird. Die Bestimmungen über die Einführung des Achtstundentages lauten in der neuen Gemeindeordnung:

Artikel 194: Die Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden gilt vorerst für die Betriebe mit Schichtwechsel. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt für das Betriebspersonal der Straßenbahn bis zum 30. April 1918, für die Angestellten der Lehrverwaltungen für Schreiner und für alle übrigen Arbeiter, die nicht Schichtwechsel haben, bis zum 31. Dezember 1920 9 Stunden.

Mit dem 1. Januar 1921 tritt also für die sämtlichen 6000 Arbeiter und Angestellten der Achtstundentag in Kraft. Die Arbeiter hatten ihn schon auf den 1. Januar 1918 gefordert und die Mehrheit der Kommission des Großen Stadtrats hatte auch so beschlossen. Aber im Plenum dieser Behörde stimmten die Christlich-Sozialen für den 1. Januar 1921 und bereiteten so die Annahme des Kommissionsantrags, der mit 60 gegen 58 Stimmen abgelehnt wurde. Die christlichen „Arbeitervertreter“ haben sich wieder einmal als sehr zweifelhaft erwiesen. Können sie den sozialen Fortschritt nicht verhindern, so bemühen sie sich, ihn doch so weit als möglich zu verzögern, um ihren christlichen Unternehmerfreunden auf Kosten der Arbeiter gefällig zu sein. Bemerkenswert ist die Begründung, die der Züricher Stadtrat in der Abstimmungsvorlage zur Empfehlung des Achtstundentages gegeben hat. Er führt dazu folgendes aus: „Die Vernichtung ungezählter Menschenleben auf den Schlachtfeldern und im Meer läßt voraussehen, daß nach dem Friedensschluß in den Ländern, die einander betriegeln, ein harter Mangel an Arbeitskräften auftreten wird. In dem Wettstreit, zu dem die Industrie ergrängt werden, um die Zerstörungen und Verluste zu ersetzen, werden sie genötigt sein, durch hohe Löhne Arbeiter anzuloden. Die Schweiz wird, um ihren wirtschaftlichen Boden zu verteidigen, ein gleiches tun müssen, so daß die Löhne, die jetzt gezahlt werden, eher noch weiter steigen als sinken werden. Schon heute stehen die Löhne, namentlich geschullter Handwerker, so, daß es notwendig erscheint, die Mindesttagelöhne für die gelernten Handwerker von 5,50 auf 8 Fr. (gleich 40 Proz.), für die erwachsenen Handlanger von 5 auf 7 Fr. zu erhöhen. Entsprechend werden die Maxima im Lohnregulativ zu steigern sein. Der Achtstundentag (Artikel 156 der Gemeindeordnung) bestimmt darüber noch: Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Soweit bei einzelnen Verrichtungen die Art der Arbeit eine Ausnahme verlangt, bestimmt hierüber die Arbeitsordnung. Bedeutet von hygienischen, kulturellen, ethischen und sozialen Gesichtspunkten aus einen erstrebenswerten Fortschritt, der immer mehr Boden gewinnt und wie in anderen Ländern und öffentlichen Betrieben auch für die Arbeiterschaft der Stadt Zürich verwirklicht werden muß. Da die Verkürzung der Arbeitszeit aber für die Stadt eine bedeutende finanzielle Belastung nach sich zieht und zugleich die Erhöhung der Löhne und Befolgungen eine in die Millionen gehende Mehrausgabe verursacht, kann der Uebergang von der neunmündigen zur achtstündigen Arbeitszeit nicht auf einmal durchgeführt werden, sondern muß, wie die Ueberleitung der Befolgungen und Löhne auf die neuen Anjäge, allmählich und im Laufe einiger Jahre bewerkstelligt werden. Es ist daher grundsätzlich die achtstündige Arbeitszeit zwar allgemein vorzuziehen, in Artikel 194 aber bestimmt, daß sie nur für die Schichtarbeiter, die sie schon besitzen, sofort gilt, dagegen für das Betriebspersonal der Straßenbahn am 1. Mai 1918 und für alle übrigen Arbeiter am 1. Januar 1921 beginnt. Bei der Straßenbahn ist die raschere Einführung nötig, weil der Betrieb sehr strenge, nervenaufreibende Anforderungen stellt. Die Verschiebung für die übrigen Arbeiter erweist sich als unumgänglich, weil die Ueberleitung der alten Befolgungen und Löhne in der Hauptsache bis 1920 dauert und erst von 1921 an der Stadt die Uebernahme des weiteren erheblichen Opfers, das mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbunden ist, gefallt. Der Ausdruck „durchschnittliche Arbeitszeit“ ist gewählt, um die nötigen Ausgleichungen für Arbeiter im Freien im

Sommer und Winter sowie bei Betrieben mit besonderen, wechselnden Anforderungen vornehmen zu können. Auch wird dadurch die allfällige Einführung des freien Samstagnachmittags erleichtert.“ — Wann werden wir wohl in Deutschland endlich so weit sein, in allen städtischen Betrieben der größeren Gemeinden den Achtstundentag durchzuführen?

• Rundschau •

Die Möglichkeit einer besseren Kartoffelversorgung. Die Frage, wieviel Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung im Wirtschaftsjahre 1917/18 verabfolgt werden können, steht zurzeit im Mittelpunkt der Erörterungen. Mit Recht. Im verfloffenen Wirtschaftsjahre wurde die Bevölkerung nur ganz mangelhaft mit Kartoffeln versorgt. Das Rohrübenjahr 1916 wird so bald nicht vergessen werden. Eine ähnliche Belastung darf dem Volke in diesem Jahre nicht zugemutet werden, aus Gründen, die hier nicht angeführt zu werden brauchen. Kartoffeln und Brot sind unter allen Umständen in ausreichendem Maße zu beschaffen, selbst auf die Gefahr hin, daß unser Viehbestand weiter reduziert werden muß. Wir können in diesem Jahre auch besser mit Kartoffeln versorgt werden, weil wir eine bedeutend bessere Ernte als im verfloffenen Jahre auszuweisen haben. Im Jahre 1915 hatten wir eine Rekord-ernte; 64 Millionen Tonnen wurden geerntet. Im Jahre 1916 hatten wir eine Mißernte; es wurden nur etwa 24 Millionen Tonnen geerntet. In diesem Jahre haben wir zwar keine Rekord-ernte, sind aber auch sehr weit von einer Mißernte entfernt. Landwirtschaftliche Sachverständige schätzen die Kartoffelernte in diesem Jahre auf 42—44 Millionen Tonnen. Nehmen wir nicht einmal diesen günstigen Fall an und sehen nur rund 40 Millionen Tonnen in Anrechnung. Bekanntlich besteht ein Veräußerungsverbot und darf auch nur eine bestimmte Menge Kartoffeln zur Herstellung von Spiritus und Stärke verwandt werden. Bringen wir für Brennereizwecke, zum Verfüllern, für Schwund die Hälfte der gesamten Ernte in Abzug, was sicherlich reichlich gemessen ist, dann bleiben noch 20 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung übrig; das sind 400 Millionen Zentner. Bei einer Gesamtbevölkerung von 70 Millionen Einwohnern — das Meer ist mit einge-griffen — würden somit auf den Kopf der Bevölkerung das Jahr 770 Pfund Kartoffeln kommen, was gleichbedeutend ist mit elf Pfund je Kopf und Woche. Die Forderung der Konsumenten, mindestens 10 Pfund Kartoffeln auf den Kopf zu gewähren, ist somit nicht nur berechtigt, sondern auch durchführbar. Vorerst wurden 7 Pfund je Kopf gewährt, das bedeutet bei 70 Millionen Einwohnern einen Jahresverbrauch von nur 12 Millionen Tonnen. Daß aber weit mehr als 12 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehen, wird niemand bestreiten wollen. Es wird nun vielfach gesagt, „Kartoffeln seien zwar vorhanden, die ausreichende Versorgung der Bevölkerung scheitert jedoch an den Transportschwierigkeiten.“ Es muß zugegeben werden, daß unvorhergesehene Fälle eintreten können, die unsere Transportmittel in höherem Maße in Anspruch nehmen. Wenn man das vorher sieht, muß man die Dispositionen dementsprechend treffen und muß dann eventuell den Konsumenten das Recht geben, sich selbst zu versorgen, muß die Einstellung nach Möglichkeit beschleunigen und muß Bezugsgebiete und Zustuhgebiete einander näher bringen. Man hätte aber auch dem Drängen des Kriegsaus-schusses für Konsumenteninteressen, die Versorgung mit Kohlen früher in Angriff zu nehmen, nachgeben sollen. In den Sommermonaten wären ausreichend Transportmittel vorhanden gewesen; die Bevölkerung mit Kohlen zu versorgen. Statt die Rationierung schon im Frühjahr vorzunehmen, hat man gewartet, bis Befestigte und diejenigen, die mit Händlern gute Verbindungen haben, Keller voll zusammengeschüttelt haben, und jetzt endlich sieht man die Nation fest. Nur war wieder eine Bestandaufnahme bei der Bevölkerung notwendig, womit eine Unmenge Schreiberei und Schererei verbunden ist. Die Kammer sagen doch nicht die Wahrheit, und so kommt es, daß ein Teil der Bevölkerung wieder hinreichend mit Kohlen versehen ist, der andere jedoch nicht. Nun soll die Kohlenversorgung einsehen, auch soll bald die Kartoffelversorgung folgen, dann kommt wieder die Rüben-ernte. Da wir im Herbst schon in Friedenszeiten Bogenmangel haben, hat man wieder eine famose Ausrede zur Hand, wenn es mit der Kartoffelversorgung nicht klappt. Die Behörden täten gut, frühzeitig die Vorschläge der Konsumenten (Kriegsaus-schuss für Konsumenteninteressen, Konsumvereine, Gewerkschaften und Angelegenheitsverbände) zu prüfen und rascher zu handeln. Manches unliebsame Vorwissen wäre vermieden worden und würde für die Zukunft auch vermieden. Die Forderung der Konsumenten, im vierten Kriegsjahre die Bevölkerung hinlänglich mit Kartoffeln zu versorgen, ist, wie oben dargelegt, nicht nur berechtigt, sondern auch durchführbar. Man kann gespannt darauf sein, ob uns dieses Jahr bei der verhältnismäßig guten Ernte ein Rohrübenwinter erspart bleibt und ob die Behörden, die mit der Verteilung beauftragt sind, in den drei Kriegsjahren etwas gelernt haben.

Sohlennot und Volksgesundheit. Im „Naturarzt“ lesen wir: „Die Sohlennot hat eine Reihe von Vorschlägen gekennigt, die eine ernste Bedrohung der Volksgesundheit bedeuten. So ist auf einer Versammlung der Herzogenauracher in Wiesbaden kürzlich der Vorschlag gemacht worden, dadurch Heizmaterial zu sparen, daß man die Zimmerlüftung durch ein Verbot, die Fenster zu öffnen, einzuführen. Weiter sollen, nach Berliner Zeitungen, Erwägungen zu fassen, das Warmwasserbaden zu verbieten. Wer die Zimmerlüftung durch Verbot des Fensteröffnens einschränken will, übersieht, daß die Auscheidungen der Lunge und Haut die Zimmerluft in kurzer Zeit mit giftigen Stoffwechselprodukten so überfüllt würde, daß die Forderung der Lufterneuerung eine Verunreinigung unseres Blutes, ja eine direkte Vergiftung durch Selbstgifte und eine Störung des gesamten Stoffwechsels zur Folge haben müßte. In 24 Stunden scheidet der Erwachsene nicht weniger als 4500 Liter Kohlenäure aus (von den übrigen Stoffwechselprodukten abgesehen). Auch unsere Haut gibt giftige Stoffwechselprodukte in solchem Umfange an die Luft ab, daß nach einem bekannten Experiment ein Tropfen Schweiß unter die Haut eines kleinen Tieres, z. B. einer Maus, gespritzt, den Tod des Tieres herbeiführt. Aber auch die Aufnahme der notwendigen Lebensluft, des Sauerstoffs, von dem der Erwachsene täglich 3150 Liter verbraucht, würde durch Einschränkung der Fensterlüftung bedrohend abnehmen. Ohne genügende Sauerstoffzufuhr aber keine gesunde Blutbereitung, keinen ungehinderten Stoffwechsel. Die Einschränkung des Warmbadens würde gerade bei dem jetzigen Mangel an Sonne die notwendige Reinlichkeitspflege so sehr unterbinden, daß die Zunahme von Gecuchen und Hautkrankheiten die natürliche Folge sein würde. Man hat auf das kalte Bad als Ersatzmittel hingewiesen. Für Schwächliche und Kranke aber würde dieser Ersatz eine ernste Gesundheitsbedrohung bedeuten. Sanitätsrat Dr. Stille stellt in den „Märtern für biologische Medizin“ (Juni, Juli) fest, daß in Folge der ungenügenden Ernährung eine Zunahme der Malaria mit besonders unter den Frauen, häufiger vorkommt. Für diese, wie für eine große Zahl anderer Kranken würde der Verlust des Warmbadens eine ernste Lebensbedrohung bedeuten. Gerade weil unsere Ernährungsverhältnisse so unzureichend sind, muß die persönliche Gesundheitspflege um so kräftiger ausgeübt werden. Für die Kranke und Schwächlichen wenigstens muß es möglich sein, täglich eine Warmwasserbäder, gefolgt vom öfteren Luftbad, vorzunehmen.“

„**Gewerkschaft.**“ In der Rostocker Zeitung vom 1. d. M. (1917) wird berichtet, daß der Direktor des Mannheimer Lebensmittelamtes in Mannheim, Inzwischen ist das Verfahren gegen ihn in der zweiten Instanz durchgeföhrt und hat mit der Freisprechung geendet. Nach dem Bericht im „Mannheimer Generalanzeiger“ Nr. 379 war maßgebend für die Entscheidung, daß der Direktor des Mannheimer Lebensmittelamtes zu wenig faktenverständig und die Organisation noch zu neu gewesen sei.

Abseits.

Der Unerfahrene und sinnvolle deutsche Dichter Theodor Storm, geboren 11. September 1817, ist leider noch lange nicht genügend gewürdigt in Volkscirclen. Hier eine kleine Probe seiner feinsinnigen Poesie:

Es ist so still; die Heide liegt
Im warmen Mittagsonnenstrahl,
Ein rosenroter Schimmer fliegt
Um ihre alten Gräbermale;
Die Kräuter blühen; der Gelbeußt
Steigt in die blaue Sommerluft.

Knäueler hängen durchs Gesträuch
In ihren gold'nen Panzerröschchen,
Die Bienen hängen Zwei um Zwei
Sich an der Gelbeide Mädchen;
Die Böhler schwirren aus dem Kraut —
Die Luft ist voller Kerchentauf.

Ein halbverfaultes, niedrig Haus
Sieht einsam hier und sonnbeschienen;
Der Kötter lehnt zur Tür hinaus,
Behaglich blinzelt nach den Bienen;
Sein Junge auf dem Stein davor
Schmeißt Fliegen sich aus Silberrohr.

Daum zittert durch die Mittagruh'
Ein Schlag der Vorluhr, der entferntest;
Dem Alten fällt die Wimper zu,
Er träumt von seinen Jungfernten.
Sein Klang der aufgeregten Zeit
Drang noch in diese Einsamkeit.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gemeindepolitik nach dem Kriege. Der Landtagsabgeordnete Paul Firsch beschäftigt sich in einem soeben erschienenen Buche „Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege“ (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68, brosch. 1.50 RM., geb. 2. — RM.) mit äußerst wichtigen und aktuellen Problemen. Der Verfasser wendet sich in erster Linie an die in der Gemeindeverwaltung und der Gemeindevertretung tätigen Männer und Frauen, denen er, gestützt auf ein reichhaltiges Material, die Wege zeigt, die in Zukunft gegangen werden müssen, wenn anders die deutschen Gemeinden den Aufgaben gerecht werden sollen, die ihrer Lösung durch sie nach dem Kriege harren. Er zeigt, wo in der Gesetzgebung der Fehler anzusehen ist, um den Gemeinden die Stellung einzuräumen, auf die sie auf Grund ihrer Leistungen während des Krieges Anspruch haben, welcher Änderungen es bedarf, um den Gemeinden die Möglichkeit einer freien Betätigung auf allen Gebieten zu gewährleisten und was die Gemeinden ihrerseits zu tun haben, um als freie, durch veralltete staatliche Gesetze und bürokratische Eingriffe nicht gebremste Selbstverwaltungskörper ihre sozialistischen Pflichten zu erfüllen.

„Die Gemeinde“, Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik, Wien V., Rechte Wienzeile 97. Das Heft 5/6 (Doppelheft) des V. Jahrganges ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Hans Fersch, Verwaltungsreform; Rundschau: Gemeindliche Kriegsärzte, Gemeinde- und Heimatrecht, Gemeindehaushalt, Gemeindebetriebe, Soziale und Bildung, Gesundheitspflege, Nahrungsmittelversorgung, Armen- und Wohlfahrtspflege, Verkehrsweisen. Die Sozialdemokratie in der Gemeinde, Unsere Gegner, Chronik. — Bezugsbedingungen: Ganzjährig 3 RM., halbjährig 1.60 RM. Preis des vorliegenden Doppelheftes 50 Heller.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
| Frau: Herm. Frank, Dresden
Strakenreinigung
† 24. 8. 1917, 67 Jahre alt. | Peter Swenson, Hamburg
Republikation
† 8. 9. 1917, 70 Jahre alt. |
| Wilhelm Gentz, Hamburg
Pensionär
† 8. 9. 1917, 70 Jahre alt. | K. A. Thümmel, Dresden
Erwerbsarbeiter
† 8. 9. 1917, 63 Jahre alt. |
| Karl Maerz, Dresden
Fischbauarbeiter
† 9. 9. 1917, 75 Jahre alt. | Karl Weberku, Jittan
Vorarbeiter
† 2. 9. 1917, 57 Jahre alt. |
| K. Perrey, Königsberg i. P.
† 10. 7. 1917, 56 Jahre alt. | Josef Werner, Breslau
Pensionär
† 9. 9. 1917, 59 Jahre alt. |
| W. Schrader, Braunschweig
Vaternenwärter
† 8. 9. 1917, 49 Jahre alt. | Ludwig Wisch, Kiel
Pensionär
† 8. 9. 1917, 76 Jahre alt. |
| Kudolf Sahr, Kiel
Kilfsmonteur
† 4. 9. 1917, 16 Jahre alt. | Josef Zeller, Würzburg
Monteur
† 27. 8. 1917, 48 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| Ferdinand Pöcker, Kiel
am 10. August 1917 im Alter von 31 Jahren gefallen. | M. Palsch, Königsberg i. P.
am 1. April 1917 im Alter von 37 Jahren gefallen. |
| Ollo Gunge, Hamburg
am 23. August 1917 im Alter von 33 Jahren gefallen. | A. Pöppel, Königsberg i. P.
am 22. Juli 1917 im Alter von 38 Jahren gefallen. |
| Wilhelm Eggers, Hamburg
am 22. August 1917 im Alter von 42 Jahren gefallen. | Ollo Kieher, Hamburg
am 16. August 1917 im Alter von 29 Jahren gefallen. |
| Hermann Gelsert, Dresden
am 23. Juli 1917 im Alter von 43 Jahren gefallen. | Gustav Kiege, Oshenwärder
am 23. April 1917 im Alter von 39 Jahren gefallen. |
| A. Harder, Königsberg i. P.
am 27. Mai 1917 im Alter von 25 Jahren gefallen. | Josef Weisk, München
am 9. August 1917 im Alter von 40 Jahren gefallen. |

Ghre ihrem Andenken!